



LAG Freie Wohlfahrtspflege, Grupenstr. 4, 30159 Hannover, Fon: 0160 99 50 41 61

Netz: www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de Mail: gleitzek@gmx.de

Pressemitteilung

Landesarmutskonferenz: Vernichtendes Urteil des Europarates über Spaltung zwischen Arm und Reich in Deutschland!

19.03.2024, Hannover

Schlimmer hätte es kaum ausfallen können: Das Urteil des Europarates über die Spaltung zwischen Arm und Reich in Deutschland. Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland stehen in keinem Verhältnis zum Reichtum des Landes, so der Europarat.

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen begrüßt die Klarheit dieser Aussage und verurteilt vor diesem Hintergrund aufs Schärfste den aktuellen zynischen Beitrag der CDU um eine Reform des Bürgergeldes, der auf eine Demontage des Sozialstaates hinausläuft.

Klaus-Dieter Gleitze betont für die LAK:

„Die LAK teilt die Einschätzung des Europarates und beklagt seit Jahren die wachsende Ungleichheit im Land. Die Reichen werden immer reicher, die Armen ärmer und mehr.

Die wachsende Kinderarmut in unserer Gesellschaft vernichtet Lebenschancen, grenzt aus und ist vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels ökonomisch kontraproduktiv.

Die Wohnungssituation mit wachsender Obdachlosigkeit mittlerweile nicht nur in Ballungsräumen ist dauerhafter sozialer Sprengstoff.

*Die immer bürokratischer werdenden Hürden beim Zugang zu sozialen Rechten arten mitunter in Zustände aus wie in kafkaesken Alpträumen. Allein zum Verständnis der Sprache der Formulare und in Behörden braucht es mitunter ein Jurastudium. Kein Wunder, dass fast die Hälfte aller berechtigten Rentner*innen Ansprüche auf zustehende Unterstützung nicht wahrnimmt - neben Scham eine bürokratische Überforderung. Die Armut bei Senior*innen steigt seit Jahren rapide und liegt mittlerweile über dem Gesamtdurchschnitt, Tendenz zunehmend.*

Die Stellungnahmen der Bundesregierung zu den einzelnen Vorwürfen sind eine Mischung aus Verharmlosung und Verschieben von Lösungen auf den St. Nimmerleinstag. Wenn es zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit beispielsweise heißt, sie arbeite derzeit an einer Strategie, weiß jede Kennerin dieser Bürokratie-Prozesse: Da wird nie was draus.

Vor diesem Hintergrund muss sich die CDU mit ihrem unchristlichen und demokratiegefährdenden Beitrag um eine Reform des Bürgergeldes fragen lassen, ob sie in einer Parallelwelt lebt.

Die dort geforderte Herabsetzung der Grenzen für Schonvermögen ist eine Verarmungsstrategie für Ältere, die arbeitslos werden und eine Entwertung ihrer Lebensleistung.

Die Beseitigung von Schutzbarrieren für Wohnraum produziert mehr Obdachlosigkeit und Kosten. Der Bezug staatlicher Unterstützung soll laut CDU künftig im Extremfall ganz gestoppt werden können, wenn sich Empfänger einer zumutbaren Arbeit verweigern. Die Lebenswirklichkeit von Menschen im langjährigen Bürgergeldbezug sieht so aber aus, dass sie durch Ausgrenzung und Armut oft zermürbt, überfordert und krank geworden sind. Diesen Menschen zu drohen ist nichts weiter als eine populistische Masche, mit der Schwache gegen noch Schwächere ausgespielt werden. Das spielt der AfD in die Hände, die CDU wird mit dieser Strategie nichts gewinnen und trägt damit zum weiteren Verfall demokratischer Sitten bei. Leider kehren solche Attacken auf den Sozialstaat in Krisenzeiten so sicher wieder wie das Krokodil im Sommerloch. Es bleibt zu hoffen, dass diese unsägliche Debatte wie das Krokodil auch wieder verschwindet.

Die Landesarmutskonferenz betont angesichts der aktuellen Debatte um den Sozialstaat: Der Erhalt unseres Sozialstaates ist das beste Mittel zur Stärkung der Demokratie. "

Zum Hintergrund:

Die öffentlichen Sozialausgaben sind in Deutschland in den vergangenen zwei Jahrzehnten moderat gewachsen, in fast allen anderen OECD-Staaten sind sie teilweise erheblich stärker gewachsen. Die Sozialausgaben sind unauffällig im internationalen Vergleich. Die sogenannte Staatsquote, der Anteil öffentlicher, also auch sozialer, Ausgaben an der Wirtschaftsleistung, hat in den Jahren vor Corona niedriger gelegen als in der Zeit nach der Wiedervereinigung.

Dass in einer der reichsten Gesellschaften der Welt – Deutschland ist die drittgrößte Volkswirtschaft der Erde – verstärkt die Diskussion um einen Abbau des Sozialstaats geführt wird und nicht darum, wie die Superreichen an einer gerechten Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt werden, ist ein Skandal.

Die LAK fordert daher:

- Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung
- Massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus
- Ausbau der sozialen Infrastruktur in sozialen Brennpunkten für Beratung und Information
- Einführung eines Sozialen Arbeitsmarktes für Langzeitarbeitslose
- Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro
- Regelsatz-Erhöhung für Bürgergeld/Grundsicherung um 200 Euro im Monat
- Vermögenssteuer für Superreiche, um sie an der angemessenen Finanzierung unseres Gemeinwesens zu beteiligen

Info:

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Klaus-Dieter Gleitze für die LAK

Kontakt: 0160 99 50 41 61